

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 8. Juni 1988

am Donnerstag, dem 9. Juni 1988

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Büchler (Hof) (SPD)	5, 6	Frau Oesterle-Schwerin (DIE GRÜNEN)	59, 60
Frau Bulmahn (SPD)	3, 4	Pauli (SPD)	19, 20
Dr. Daniels (Regensburg) (DIE GRÜNEN)	35, 36	Dr. Scheer (SPD)	53, 54
Erler (SPD)	55, 56	Frau Schmidt-Bott (DIE GRÜNEN)	29, 30
Fischer (Homburg) (SPD)	15, 16	Schreiner (SPD)	13, 14
Gansel (SPD)	7, 8	Sellin (DIE GRÜNEN)	67, 68
Gerster (Worms) (SPD)	61, 62	Dr. Solms (FDP)	37, 38
Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP)	21, 22	Frau Steinhauer (SPD)	42, 43
Frau Dr. Hartenstein (SPD)	57, 58	Stiegler (SPD)	31, 32
Hedrich (CDU/CSU)	9, 10	Dr. Uelhoff (CDU/CSU)	39
Hinsken (CDU/CSU)	40, 41	Frau Unruh (DIE GRÜNEN)	25, 26
Dr. Hirsch (FDP)	23, 24	Vahlberg (SPD)	49, 50
Dr. Hitschler (FDP)	11, 12	Weiss (München) (DIE GRÜNEN)	33, 34
Horn (SPD)	47, 48	Dr. de With (SPD)	27, 28
Jungmann (SPD)	45, 46	Frau Wollny (DIE GRÜNEN)	17, 18
Kolbow (SPD)	51, 52	Wüppesahl (fraktionslos)	1, 44
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	2	Zumkley (SPD)	63, 64
Leonhart (SPD)	65, 66		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr.	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft.	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	10
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung.	10

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos) | Sind der Bundesregierung Zahlen bekannt über Arten und Anzahl der Fischpopulation in der Elbe über den Zeitraum von 1950 bis heute? |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

- | | |
|---|--|
| 2. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) | Welche internationalen Erfahrungen haben gezeigt, daß mit verschärften Gesetzen ein besserer Schutz des ungeborenen Kindes nicht erreicht werden kann? |
|---|--|

**Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post-
und Fernmeldewesen**

- | | |
|--|---|
| 3. Abgeordnete
Frau
Bulmahn
(SPD) | Aus welchen Gründen hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen die haus- haltswirksame Einsparung von 1000 Arbeits- kräften im Personalhaushalt für 1988 verfügt, und wie wird sich vor diesem Hintergrund der Personalbestand im Bereich der Oberpostdirek- tion Hannover/Braunschweig sowie den hanno- verschen Postämtern entwickeln? |
| 4. Abgeordnete
Frau
Bulmahn
(SPD) | Was wird der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen zum Abbau des unverantwor- tlich hohen Überstundenaufkommens bei der Deutschen Bundespost (DBP) unternehmen, und wie soll künftig sichergestellt werden, daß die von Überzeitarbeit betroffenen Kolleginnen und Kollegen bei der DBP ihre Ausgleichsansprüche innerhalb eines angemessenen Zeitraums reali- sieren können? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für Innerdeutsche Beziehungen**

- | | |
|---|---|
| 5. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD) | Beabsichtigt das Bundesministerium für inner- deutsche Beziehungen, den Forderungen der Vertriebenenverbände nachzukommen und neue Karten bzw. Bezeichnungsrichtlinien ein- zuführen? |
|---|---|

6. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD)
- Ist aus der Tatsache, daß zwischen der Leitung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen und den Vertriebenenverbänden (laut Bericht der FAZ vom 4. Mai 1988) auch über Volksgruppenrechte Deutscher in Osteuropa gesprochen wurde, zu schließen, daß das Auswärtige Amt entsprechende Zuständigkeiten an das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen abgetreten hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

7. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist der Bundesminister des Auswärtigen bereit, den Bonner Repräsentanten der PLO in seinen Diensträumen zu empfangen?
8. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich noch während der deutschen Ratspräsidentschaft der Europäischen Gemeinschaft dafür einzusetzen, daß die EG offiziell mit der PLO Kontakt aufnimmt um die Dialogfähigkeit und den Friedensprozeß im Nahen Osten zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

9. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung Pressemitteilungen bestätigen, wonach die neugeplante Trasse einer Schnellbahnverbindung zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zwischen Berlin und Hannover nach den Planungen der DDR über Stendal führen soll?
10. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Ist es richtig, daß bei den von der DDR bereits abgeschlossenen Planungen der Grenzübergang Oebisfelde gewählt wird?
11. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)
- Trifft es zu, daß die geplante neue Eisenbahnbrücke über den Rhein zwischen Wörth und Karlsruhe eingleisig gebaut werden soll, und welche Gründe werden hierfür angeführt, insbesondere vor dem Hintergrund, daß eine Durchschleusung von bis zu 150 Zügen pro Tag auf der Brücke notwendig wird und mit Verspätungen und deren Fortpflanzung auf die Gegenrichtung zu rechnen ist, so daß eine Minderung der Angebotsqualität der Deutschen Bundesbahn eintreten wird?

12. Abgeordneter
Dr. Hitschler
(FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Falle einer späteren Errichtung eines weiteren Tragwerks für den dann doch notwendigen zweigleisigen Brückenbau Mehrkosten in Höhe von 5 Millionen DM entstehen, da für einen Brückenbau mit einem zweigleisigen Tragwerk 4 Millionen DM und für einen Bau mit zwei eingleisigen Tragwerken 45 Millionen DM zu veranschlagen sind?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

13. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der französischen Staatsregierung dahin gehend zu intervenieren, daß der Luftraum über dem grenznahen Atomkomplex Cattenom für Überflüge gesperrt wird, da die Flugzone „LFR 45 Zone de vol rasant (NE)“ für taktische Trainingsflüge von Düsenjägern in Höhen zwischen 250 Metern und 800 Metern genau über das Atomkraftwerk Cattenom hinwegführt und andererseits die vier Atomkraftwerke in Cattenom gegen den Absturz von Flugzeugen nicht gesichert sind?

14. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, bei der französischen Staatsregierung dahin gehend vorstellig zu werden, daß auch die französischen Atomkraftwerke durch zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen gegen eine Explosion von Wasserstoff geschützt werden, nachdem Bundesminister Dr. Töpfer im Anschluß an die sogenannte „Rausch-Studie“ entsprechende Maßnahmen für die deutschen Atomkraftwerke angekündigt hat und die Bundesregierung bislang im Hinblick auf die grenznahen französischen Atomkraftwerke argumentiert hat, die französischen und die deutschen Atomkraftwerke verfügten über vergleichbare Sicherheitsstandards?

15. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(SPD)

Wie vereinbart sich die Feststellung des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und der Reaktorsicherheitskommission (RSK) – laut „Saarbrücker Zeitung“ vom 19. Mai 1988 –, eine massive Bildung von Wasserstoff in deutschen Kernkraftwerken sei bloß hypothetisch (während genau dies aber in der Rausch-Studie für französische Kernkraftwerke vom Typ Cattenom für möglich gehalten wird), mit Bundesminister Dr. Töpfers eigener Aussage, ebenfalls laut „Saarbrücker Zeitung“ vom 19. Mai 1988 daß der Sicherheitsstandard deutscher und französischer Kernkraftwerke vergleichbar sei?

- | | |
|---|--|
| 16. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(SPD) | Bewertet Bundesminister Dr. Töpfer die Ergebnisse der Rausch-Studie, denen zufolge ein Unglück in der Art von Tschernobyl in Frankreich durchaus möglich wäre, ebenfalls als nur hypothetisch? |
| 17. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN) | Für welche Behältertypen existiert eine Genehmigung zur Langzeitlagerung von abgebrannten Brennelementen, und zu welchem Zweck wurde ein TN 900 Behälter im Winter in das Transportbehälterlager Gorleben transportiert? |
| 18. Abgeordnete
Frau Wollny
(DIE GRÜNEN) | Wie hoch sind die Ausfallkosten, die seit dem durch den Unfall am 12. Mai 1987 verursachten Stillstand am Endlagerbau Gorleben entstanden sind, und wer muß nach Ansicht der Bundesregierung für die Ausfallkosten aufkommen? |
| 19. Abgeordneter
Pauli
(SPD) | Welche Gründe waren dafür maßgebend, daß das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, in einem Schreiben an den Bundesminister der Finanzen vom 13. Oktober 1987, die Unternehmensgruppe Ernst & Kaaf für den geplanten Bau des Bundesministeriums favorisierte, obwohl um ca. 50 Millionen DM kostengünstigere Angebote der Firmen „Hochtief“ und „Strabag“ vorlagen? |
| 20. Abgeordneter
Pauli
(SPD) | Steht die Begünstigung der Unternehmensgruppe Ernst & Kaaf wie das Nachrichtenmagazin „DER SPIEGEL“ mutmaßt, in einem Zusammenhang mit der Büroausstattung durch die Fa. Kaaf, wobei insbesondere die Kostenabrechnung der Büroausstattung des Abteilungsleiters „Z“ auffallend ist? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|---|
| 21. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP) | Zu welchem Ergebnis ist das Kuratorium der Bundeszentrale für politische Bildung in seiner Sitzung vom 5. Mai 1988 hinsichtlich der Beurteilung des Inhalts und des Ankaufs des Buches „Zeitgenössische Schriftsteller als Wegbereiter für Anarchismus und Gewalt“ gekommen? |
| 22. Abgeordnete
Frau Dr. Hamm-Brücher
(FDP) | Ist das genannte Buch, das vom deutschen PEN-Club als „rechtsextrem argumentierendes Pamphlet“ eingestuft wurde, auch an deutschsprachige Bibliotheken im Ausland (z. B. Goethe-Institut, Germanistische Fakultäten etc.) verteilt worden, und wenn ja, wohin und in welcher Stückzahl? |
| 23. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP) | Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den amtlichen Leitsätzen Nr. 4 und Nr. 5 des Bundesverwaltungsgerichts zu seiner Entscheidung vom 15. Dezember 1987 – BVerwG 9 C 285.86 – nämlich: |

4. § 2 AsylVfG n. F. findet nicht schon dann Anwendung, wenn der politisch Verfolgte ein objektiv sicheres Drittland lediglich als Fluchtweg zum Erreichen der Bundesrepublik Deutschland benutzt.
5. Sicherheit vor politischer Verfolgung in einem anderen Staat i. S. des § 2 AsylVfG n. F. setzt neben dem Schutz vor unmittelbarer oder mittelbarer Abschiebung in den Verfolgerstaat voraus, daß dem politisch Verfolgten eine Hilfestellung zur Überwindung der Umstände gegeben wird, die in seiner Person als Folgen der politischen Verfolgung dadurch entstanden sind, daß er seinen Heimatstaat hat verlassen müssen, wie beispielsweise Heimatlosigkeit, Obdachlosigkeit, Mittellosigkeit, Hunger oder Krankheit?
24. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Hält die Bundesregierung an der Auffassung fest, die sie in ihrer Antwort auf die Frage 24 des Abgeordneten Wartenberg (Berlin), Drucksache 11/2094, vertreten hat, es handele sich um rechtlich bedeutungslose obiter dicta?
25. Abgeordnete
Frau Unruh
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die Mindest-, Höchst- und Durchschnittsbeträge, die Beamte und Ruhestandsbeamte bzw. ihre Angehörigen als Sterbegeld erhalten?
26. Abgeordnete
Frau Unruh
(DIE GRÜNEN)
- Wie hoch sind die jährlichen Aufwendungen der öffentlichen Hand dafür?
27. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, durch eine Gesetzesinitiative sicherzustellen, daß die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten entsprechend ihrem Auftrag auf umfassende Berichterstattung über alle Sportveranstaltungen kostenlos auch durch Übertragung von laufenden Bildern berichten können (Kurzberichte)?
28. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)
- Welche sonstigen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Berichtsauftrag der Rundfunk- und Fernsehanstalten für Sportveranstaltungen nach der bisherigen Übung sicherzustellen, um so den bisherigen Zustand ohne Gebührenerhöhung zu erhalten?
29. Abgeordnete
Frau Schmidt-Bott
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine im Mai 1987 gebildete Kommission von Experten der Bundes- und Landeskriminalämter zur Anwendung von gentechnischen Analyseverfahren in der Kriminaltechnik angeblich vereinbart hat, vorerst keine Informationen über den Stand der Entwicklung und Anwendung dieser Techniken an die Öffentlichkeit zu geben, und wenn ja, wie beurteilt sie diese Praxis?

30. Abgeordnete
**Frau
Schmidt-Bott**
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung dieser höchst umstrittenen Gen-Analyse-technik durch die Polizei angesichts der Tatsache, daß der Deutsche Bundestag sich über dieses Verfahren noch gar nicht informiert hat und eine von der Fraktion DIE GRÜNEN beantragte Anhörung des Rechtsausschusses zu diesem Thema auf den Herbst verschoben wurde, weil die anderen Fraktionen des Deutschen Bundestages sich nicht in der Lage sahen, die vorliegenden Informationen zur Formulierung eines Fragenkatalogs für die Sachverständigen auszuwerten?
31. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die bisherige Praxis bei Auskunftersuchen der Verfassungsschutzämter an Gemeinden aus den Paß- und Melderegistern, und was ist verwaltungsintern unternommen worden, um diese Auskunftersuchen durch für Bund und Länder geltende Verwaltungsvorschriften auf einwandfreier rechtsstaatlicher Grundlage, insbesondere unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips, abwickeln zu lassen?
32. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Überwachen der Datenschutzbeauftragte und die Parlamentarische Kontrollkommission die Auskunftersuchenspraxis nach dem Personalausweisgesetz und dem Paßgesetz regelmäßig, und welche Rechte haben die von Auskunftersuchen betroffenen Bürger, über die sie betreffenden Auskunftersuchen informiert zu werden?
33. Abgeordneter
Weiss
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Welche gesetzliche Rechtfertigung gibt es für das Verhalten von Verfassungsschutzbeamten in der Gemeinde Bruck, die nach einem Zeitungsbericht angeblich in der Paßkartei der Gemeindeverwaltung Meldebögen von Mitgliedern der Bürgerinitiative gegen die Wiederaufarbeitungsanlage fotokopiert und die vorhandenen Paßbilder abgelichtet haben, und haben ähnliche Aktionen des Verfassungsschutzes auch in anderen Gemeinden in Zusammenhang mit Mitgliedern in Anti-Atom-Initiativen stattgefunden?
34. Abgeordneter
Weiss
(München)
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß alleine die Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative gegen die Wiederaufarbeitungsanlagen bereits eine verfassungsfeindliche Aktivität darstellt, die ein Tätigwerden des Verfassungsschutzes gerechtfertigt erscheinen läßt, und welche Kriterien müssen nach Auffassung der Bundesregierung zugrunde gelegt werden bzw. lagen im speziellen Fall vor, um derartige Maßnahmen zu rechtfertigen?

35. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- War die Bundesregierung von den Aktionen des Verfassungsschutzes in Bruck/Oberpfalz informiert, bei denen persönliche Meldeunterlagen von Mitgliedern der Bürgerinitiative gegen die geplante Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) Wackersdorf fotografiert wurden, und in welcher Weise gedenkt sie dagegen einzuschreiten, daß sich dies nicht in anderen Städten und Gemeinden wiederholt?
36. Abgeordneter
Dr. Daniels
(Regensburg)
(DIE GRÜNEN)
- Wie weit sieht die Bundesregierung den beschriebenen Vorfall und die Zustände in Bayern noch von denen des von Staatsrechtlern befürchteten „Atom-Staates“, bei dem persönliche Freiheitsrechte den Atom-Interessen des Staates untergeordnet werden, entfernt, und gedenkt sie, die festgestellten persönlichen Unterlagen von Mitgliedern der Bürgerinitiativen gegen die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) und sonstigen, dem Verfassungsschutz durch seine umfassenden Aktivitäten bekanntgewordenen WAA-Gegnern vernichten zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

37. Abgeordneter
Dr. Solms
(FDP)
- In welcher Höhe werden die monetären und nicht-monetären künftigen Folgekosten des Bergbaus von der Bundesregierung veranschlagt, und in welcher Form werden sie in die Abwägung zu den bergbaulichen Planungsverfahren einbezogen?
38. Abgeordneter
Dr. Solms
(FDP)
- Sieht die Bundesregierung bei der Nordwanderung des Ruhrbergbaus ungelöste Zielkonflikte zwischen Landschafts- und Denkmalschutz und deren Bedeutung für die Standortqualität künftiger Neuansiedlungen im Rahmen des Strukturwandels auf der einen Seite und dem wirtschaftlichen Ertrag des Ruhrkohlenbergbaus auf der anderen Seite?
39. Abgeordneter
Dr. Uelhoff
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, daß die unter schweren strukturellen Anpassungsproblemen leidende Schuhindustrie in die Strukturfonds der Europäischen Gemeinschaft aufgenommen und als förderungswürdig anerkannt wird?
40. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Wieviel Joint Ventures mit welcher Höhe an Kapitalbeteiligungen deutscher Unternehmungen mit Betrieben in Osteuropa – jeweils nach Ländern aufgeschlüsselt – gibt es zur Zeit?

41. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Joint Ventures, auch im Hinblick auf die Auslandsinvestitionen unserer Wirtschaft, und wie werden derartige Gemeinschaftsunternehmen seitens des Bundes gefördert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

42. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine nicht unbedeutende Zahl Jugendlicher, die jetzt die Schule verlassen, von der Bundesanstalt für Arbeit konkrete Zusagen für berufsvorbereitende Maßnahmen bereits vor längerer Zeit erhalten hat, und wie gedenkt die Bundesregierung diese rechtlichen Bindungen (die Nachbewilligung von 210 Millionen DM für den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit erfaßt diese Maßnahme nicht, außerdem wird sie ohnehin nicht ausreichen) zu erfüllen?

43. Abgeordnete
**Frau
Steinhauer**
(SPD)

Ist eine Kontingentierung von Mitteln für berufsbildende Maßnahmen mit dem Rechtsanspruch nach dem Arbeitsförderungsgesetz vereinbar, oder sind Einschränkungen und Hinhaltenen schon Vorläufer für eine beabsichtigte 9. Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes?

44. Abgeordneter
Wüppesahl
(fraktionslos)

Gibt es in der Bundesregierung Bestrebungen, Einfluß zu nehmen (z. B. durch die Gesundheitsministerkonferenz) auf die Dienstzeitregelungen für Ärzte in Krankenhäusern, die immer noch verpflichtet sind, durch ihre jeweiligen Bereitschaftsdienste bis zu drei Nächten und Tagen ununterbrochen Dienst zu tun, was z. B. keinem Kraftwagenfahrer erlaubt ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

45. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die nuklearen Artilleriegranaten auf deutschem Boden modernisiert werden?

46. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)

Wieviel Prozent der Kaliber 155 und 203 Millimeter sind schon bzw. werden bis Ende 1988 ausgetauscht?

47. Abgeordneter
Horn
(SPD)
- Welche Absprachen bzw. Vereinbarungen sind für Modernisierung der nuklearen Artilleriegranaten zwischen den USA und der Bundesrepublik Deutschland bzw. in der NATO getroffen worden?
48. Abgeordneter
Horn
(SPD)
- Wann beabsichtigt die Bundesregierung, das Parlament über den Gesamtumfang der beabsichtigten bzw. stattfindenden Modernisierung von Nuklearen Kurzstreckenwaffen (SNF) zu informieren?
49. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Luftabwehrsystem PATRIOT auch gegen unbemannte Luftkriegsmittel einzusetzen oder es zumindest so auszulegen, daß es zu solchen Einsätzen benutzt werden kann?
50. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Hat es Einsatzversuche des PATRIOT-Systems gegen anfliegende Raketenziele gegeben (oder sind solche geplant), und wie würde sich dies gegebenenfalls mit dem ABM-Vertrag vereinbaren lassen?
51. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung des Heeresinspektors, daß das Heer der Bundeswehr ohne eine spürbare Aufstockung der im Bundeswehrplan 1989 bis 2001 eingeplanten Finanzmittel in den neunziger Jahren seinen Auftrag nicht mehr uneingeschränkt erfüllen kann (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 21./22./23. Mai 1988) und die vom früheren Bundesminister der Verteidigung, Dr. Wörner, eingeleitete Strukturreform des Heeres somit das Ende der Vorneverteidigung bedeuten könne?
52. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die in der Pfingstausgabe der Süddeutschen Zeitung berichtete Meinung des Heeresinspektors, daß für den Planungszeitraum der nächsten zwölf Jahre allein für das Heer 36,5 Milliarden DM vonnöten seien und deshalb bereits für 1989 2 Milliarden DM mehr als im Bundeswehrplan '89 vorzusehen sind, 1990 insgesamt 2,5 Milliarden DM und von 1991 bis 1999 dann jeweils 3 Milliarden DM pro Jahr mehr?
53. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Hat die NATO bei der Festlegung ihrer Streitkräfteziele für die Jahre 1989 bis 1994 neue atomare Kurzstreckenraketen als Streitkräfteziel beschlossen, und um welche Systeme handelt es sich dabei?
54. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD)
- Hat die Bundesregierung einer Bestimmung atomarer Kurzstreckenraketen zum Streitkräfteziel der NATO für die Jahre 1989 bis 1994 zugestimmt?

55. Abgeordneter
Erlor
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob der amerikanische Kongreß bereits Haushaltsmittel für die Entwicklung eines Lance-Nachfolgesystems genehmigt hat?
56. Abgeordneter
Erlor
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob der amerikanische Kongreß die Genehmigung der Haushaltsmittel für die nukleare Komponente eines Lance-Nachfolgesystems davon abhängig gemacht hat, daß eine vorherige Aufnahme eines solchen Waffensystems in das NATO-Streitkräfteziel für die Jahre 1989 bis 1994 erfolgt?
57. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD)
- Gibt es Pläne der NATO für luftgestützte atomare Kurzstreckenraketen?
58. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Pläne der amerikanischen bzw. britischen Regierung für die Entwicklung einer luftgestützten atomaren Kurzstreckenrakete bekannt?
59. Abgeordnete
Frau
Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)
- Wann werden die Pershing II Raketen aus den Wiley Barracks in Neu-Ulm abtransportiert?
60. Abgeordnete
Frau
Oesterle-Schwerin
(DIE GRÜNEN)
- Aus welchem Grund gehen die Bauarbeiten am Pershing II Depot in Neu-Ulm – trotz Unterzeichnung des INF Abkommens – unvermindert weiter?
61. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, den Absturz eines Hubschraubers der Bundeswehr am 29. Mai 1988 bei Nürnberg bei einem Flugtag mit der Folge des Todes beider Piloten zum Anlaß zu nehmen, für die Bundeswehr ein Verbot von Flugtagen mit fliegerischen Darbietungen auszusprechen und die alliierten Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland zu gleichgerichteten Maßnahmen aufzufordern?
62. Abgeordneter
Gerster
(Worms)
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Führungsstab des Heeres oder einzelne maßgebliche Repräsentanten der Heeresführung in schriftlichen und mündlichen Äußerungen in den letzten Wochen angesichts der Bundeswehrplanung und ihrer mittelfristigen Finanzierung die Vorneverteidigung der Bundesrepublik Deutschland im bisherigen Sinne als nicht mehr zu gewährleisten dargestellt und finanziellen Zusatzbedarf zur Wiedererlangung der Vorneverteidigungsfähigkeit angemeldet haben?

63. Abgeordneter
Zumkley
(SPD)
- Hat der Kommandeur der MAD-Gruppe III, Oberst Maroldt, anlässlich der Suspendierung vom Dienst von zwei MAD-Mitarbeitern im November 1987 von einem „politischen Opfer“ gesprochen, und was ist in diesem Zusammenhang darunter zu verstehen?
64. Abgeordneter
Zumkley
(SPD)
- Wie nimmt die Bundesregierung zu dem durch die Aussage von Oberst Dunkel – „Nachforschungen anhand der gemäß den datenschutzrechtlichen Vorschriften noch verfügbaren Unterlagen haben ergeben, daß der MAD die genannten Persönlichkeiten nicht observiert hat“ – vermittelten Eindruck Stellung, es seien möglicherweise nicht mehr alle Unterlagen vorhanden und überprüfbar?
65. Abgeordneter
Leonhart
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Ehefrau eines des vom Dienst suspendierten Mitarbeiters der MAD-Gruppe III für den MAD tätig gewesen ist, und wenn ja, auf welcher Grundlage?
66. Abgeordneter
Leonhart
(SPD)
- Wurde gegen das Nachrichtenmagazin „stern“ Strafantrag gestellt, wie das Bundesministerium der Verteidigung wiederholt als bereits geschehen gemeldet hat, und wenn ja, mit welcher Begründung?
67. Abgeordneter
Sellin
(DIE GRÜNEN)
- Insistiert die Bundesregierung durch die Ausübung des Doppelmandats durch den Bundesminister der Verteidigung, Dr. Scholz, und dessen Mitgliedschaft im Berliner Abgeordnetenhaus, insbesondere anlässlich der Mitwahl eines Senators für Justiz und Bundesangelegenheiten in Berlin im Abgeordnetenhaus auf die politische Auffassung, daß der Bundesminister der Verteidigung Kompetenzen in Berlin beansprucht?
68. Abgeordneter
Sellin
(DIE GRÜNEN)
- Inwiefern achtet die Bundesregierung durch die Nichtaufgabe des Parlamentsmandats des Bundesministers der Verteidigung im Berliner Abgeordnetenhaus den entmilitarisierten Status der Stadt Berlin?

Bonn, den 3. Juni 1988

